

Personalnot statt Klimanotstand

Umweltsenat bringt (theoretisch) Konzepte zum Klimaschutz auf den Weg

Von Rita Neumaier

Das Klima muss obersten Vorrang haben“, betonte der Vorsitzende des Umweltsenats, Thomas Keyßner (Grüne), bei dessen Sitzung am Mittwoch. Doch darüber, wie sich das in der Stadtpolitik niederschlagen soll, gibt es unterschiedliche Vorstellungen. So hat die ÖDP eine Resolution zum Klimanotstand nach dem Beispiel anderer deutscher Städte verfasst und eine Dialogveranstaltung mit Schülern zum Thema Klimaschutz beantragt. Die Grünen wollen das städtische Handeln auf Klimawirksamkeit prüfen lassen und beantragten dazu ein Klimaforum und eine „Klimaampel“.

Drei Anträge von der ÖDP und den Grünen zum Klimaschutz – da wollten die CSU und die ihr nahestehenden BfL nicht nachstehen. Rudolf Schnur und Bernd Friedrich hatten einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, in dem sie eine „Klimaoffensive“ statt eines Klimanotstands einfordern.

Denn Notstand, das klingt für Friedrich zu drastisch: Der Begriff mache den Bürgern Angst. Und er gebe vor, heißt es in dem von Schnur und Friedrich unterzeichneten An-



Auch die Teilnehmer der dem Umweltsenat vorausgegangenen Mahnwache interessierten sich für die Diskussion über den Klimaschutz in der Stadt.

Foto: rn

trag, „dass es für wirkungsvolle Maßnahmen bereits zu spät ist“. Sie forderten darin eine Klimaoffensive sowie einen Masterplan in Sachen Klimaschutz.

Dafür, dass die Diskussion sachlich blieb, sorgte auch Stella Haun, Klimaschutzmanagerin und Öko-Audit-Koordinatorin der Stadt. Sie

verwies darauf, dass der Begriff „Notstand“ im globalen Sinn zu verstehen sei. Dennoch lehnten die drei CSU-Stadträte Rudolf Schnur, Waltraud Rössl und Maximilian Fendl sowie Klaus Pauli (FW) und Bernd Friedrich (BfL) den Antrag zum Klimanotstand ab.

Allgemein befürwortet wurde der

Antrag der Grünen zur Klimaampel: Alle städtischen Maßnahmen sollen ab sofort auf ihre Auswirkungen auf das Klima überprüft werden. Einheitliche Zustimmung fanden auch der Masterplan und die Einrichtung einer Info-Plattform sowie die Einsetzung eines Klimaforums. Zudem sollen im Stellenplan der Stadt für 2020 eineinhalb Stellen für den Bereich Klimaschutz aufgenommen werden. Denn, wie Rechtsdirektor Harald Hohnseufzte, „haben wir die Manpower nicht, um das alles zu bearbeiten“. Man könne nicht einfach etwas beschließen, für das es kein Personal gibt.

Elke März-Granda (ÖDP) brachte auf den Punkt, warum die Ideen zum Klimaschutz in der Stadt oft auf der Strecke bleiben: Sie seien ja schön und gut. „Aber wir müssen das auch untereinander leben, statt uns weiterhin um jeden Baum und jedes Flachdach zu streiten.“ -rn-